



**KOMMENTAR**

# Eine Fachhochschule braucht nicht nur Schüler, sondern auch Lehrer!

– Kein Stellenabbau von hinten durch die kalte Küche!!! –

**Seit Jahren warnt die Gewerkschaft der Polizei (GdP) immer wieder vor Nachwuchsmangel in der Landespolizei. Schon jetzt ist das Personal knapp und auch beliebte Arbeitgeber, wie die Polizei, müssen sich immer stärker anstrengen, um Schulabgänger für sich zu gewinnen. Doch darum soll es heute ausnahmsweise nicht gehen. Nein, heute geht es um die Fachhochschule selbst.**

War früher die Ausbildung in der Bereitschaftspolizei angesiedelt, so durchlaufen heute alle Anwärter eine akademische Ausbildung an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege in Güstrow. Das bedeutet, die heutigen Polizisten lernen nicht mehr marschieren, sondern es handelt sich um eine anspruchsvolle, zum großen Teil akademische Ausbildung. Polizisten müssen heute als kompetente Konfliktmanager agieren, sicher im Rechtlichen und im Psychologischen sein. Dazu soll ihnen die Fachhochschule das nötige Rüstzeug geben.

Wer so etwas erwartet, der muss aber auch die dazugehörigen Rahmenbedingungen sicherstellen. Jeder, der die Fachhochschule aus Anfang der 90er-Jahre kennt, weiß, baulich hat sich so einiges getan. Unterkünfte wurden saniert, Klassenräume und Hörsäle instand gesetzt, eine neue Sporthalle errichtet und, und, und. Aber wie sieht es beim Lehrkörper aus?

Seit Jahren fehlen Lehrkräfte an der Fachhochschule. So stapeln sich dort die Überstunden in Massen und der eine oder andere Dozent kriecht auf dem sprichwörtlichen Zahnfleisch. Versuche, gute erfahrene Polizeibeamte als Lehrkräfte zu gewinnen, hatten nur begrenzt Erfolg. Denn eine Zeit als Lehrkraft war für die wenigsten karrierefördernd und die meisten wurden schmerzlich in den Heimatdienststellen vermisst.

Und die Zukunft? Die sieht wahrlich nicht rosig aus. Die Landesregierung hat zwar einen weiteren Stellenabbau bis zur Evaluierung auf Eis gelegt, aber

in unserer Polizei gehen in der nächsten Zeit etwa 200 bis 250 Kolleginnen und Kollegen jährlich in Pension. Um diese Beschäftigten zu ersetzen, muss man nicht nur 200 bis 250 geeignete Polizeianwärter finden. Nein, man muss sie auch erfolgreich ausbilden können. 250 Auszubildende bedeuten aber eine Verdreifachung der Ausbildungszahlen von vor 15 Jahren. Jedem sollte klar sein, dafür braucht man nicht nur gute Unterrichtsräume, sondern auch das erforderliche Lehrpersonal. Und das kostet Geld, das im Landshaushalt bereitgestellt werden muss. Und genau hier mauert das Finanzministerium. Man könnte fast meinen, dass jetzt durch die Hintertür versucht wird, doch noch einen Stellenabbau bei der Landespolizei zu erreichen. Ich weiß, ich kann mir jeglichen Appell – von wegen Bedeutung der inneren Sicherheit – sparen. Das hat das Finanzministerium noch nie beeindruckt.



**GdP-Landesvorsitzender Christian Schumacher**

Deshalb, liebe Landespolitiker: Passt auf, dass das Finanzministerium nicht von hinten durch die kalte Küche vollendete Tatsachen schafft! Wir werden die Haushaltsverhandlungen sehr aufmerksam und kritisch begleiten.

**Christian Schumacher**



## VERABSCHIEDUNG

### Goodbye, Rainer!

Der Landesvorsitzende Christian Schumacher sowie, für die Kreisgruppe Rostock, der stellv. KG-Vorsitzende Siegmund Brandt verabschiedeten am 1. Juli 2015 unseren Rainer Becker von der Fachhochschule in den wohlverdienten Ruhestand.

Danke für deine Arbeit und weiterhin viel Erfolg beim Deutschen Kinderschutzbund.

**Der Landesvorstand**



# Landesfachbereichsvorstand „Tarif“ zu Gast in Pasewalk

Am 18. 6. 2015 tagte der Landesfachbereichsvorstand „Tarif“ im Polizeihauptrevier Pasewalk. Kollegin Hartmann-Woisin begrüßte alle anwesenden Mitglieder herzlich. Dann ging es zur Tagesordnung über.

Kollegin Ute Wienecke berichtete über die Sitzung der Einigungsstelle zur länger anstehenden Problematik „Arbeitsvorgang EVA“ und deren Bewertung. In der Sitzung kam es nun endlich

zu einer Empfehlung durch die Einigungsstelle. Weiterhin wurde darüber informiert und diskutiert, dass zurzeit eine Dienstvereinbarung „Arbeitszeitkonto“ erarbeitet wird sowie auch über die Zusammenlegung der „IuK-Werkstätten“ in unserer Landespolizei.

Kollege Siegmund Brandt informierte die Mitglieder über das Tarifergebnis aus den Tarifverhandlungen, bedankte sich in diesem Zusammenhang bei allen Kolleginnen und Kollegen, die sich aktiv an den Streikmaßnahmen beteiligten und erläuterte noch einmal die Verfahrensweise zur Abrechnung des Streikgeldes.

In der Diskussion wurde auch ausgewertet und diskutiert: Wie wird die Dienstvereinbarung „Qualifizierung“ in den Dienststellen angenommen, angewandt und umgesetzt? Gibt es Probleme bei der Inanspruchnahme der Dienstvereinbarung und wie können wir darauf Einfluss nehmen? Positive Meldung gab es dazu aus dem LKA!

Positiv ist auch zu werten: Wir haben zwei neue Mitglieder für unserem Landesfachbereichsvorstand gewonnen:

1. Carola Zimmermann, Kreisgruppe Schwerin, 52 Jahre, aus dem LPBK, ärztlicher Dienst, und
2. Nadine Oesterling, Kreisgruppe Uecker-Randow, 25 Jahre, aus dem KK Ast. Pasewalk.

Herzlichen Glückwunsch, wir freuen uns auf die Zusammenarbeit!

Aus den Kreisgruppen Stralsund, Anklam, Bereitschaftspolizei und dem LKA könnten noch weitere Mitglieder in unserem Fachausschuss „Tarif“ mitarbeiten – stärkt unseren Landesfachbereichsvorstand – denn ohne uns geht es nicht!

Nun noch zur Erinnerung an alle – unser nächstes Tarifseminar findet vom 28. 9. bis 1. 10. 2015 in Cambs statt!

Bei Interesse meldet euch bitte beim Hauptpersonalrat der Polizei an:  
Astrid Korn, 03 85/5 88 29 95, oder Ute Wienecke, 03 85/5 88 20 96. Danke!

Wir sehen uns beim Seminar!

**R. Hartmann-Woisin**

Neu im  
LFBV-Tarif



**Carola Zimmermann**



**Nadine Oesterling**

## REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Ausgabe September 2015 DEUTSCHE POLIZEI, Landesjournal M-V, ist der 1. 8. 2015. Die Redaktion behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Leserzuschriften vor. Dieser Inhalt muss nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Garantie übernommen. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe:  
Landesbezirk Mecklenburg-Vorpommern

**Geschäftsstelle:**  
Platz der Jugend 6  
19053 Schwerin  
Telefon: (0385) 20 84 18-10  
Telefax: (0385) 20 84 18-11

**Redaktion:**  
Verantwortlicher Redakteur  
für das Landesjournal  
Mecklenburg-Vorpommern  
Marco Bialecki  
Telefon: (03 85) 20 84 18-10

Post bitte an die  
Landesgeschäftsstelle (s. oben)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37  
vom 1. Januar 2015  
Adressverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2798



DER LANDESVORSTAND MECKLENBURG-VORPOMMERN

# Einigung bei Übertragung der Tarifergebnisse auf Landesbeamte

– Treffen der GdP, GEW und anderer DGB-Gewerkschaften mit der Finanzministerin Heike Polzin (SPD) –

**Am 22. Juni 2015 haben sich der DGB und die Gewerkschaft der Polizei (GdP) mit der Finanzministerin auf die Anpassung der Besoldung und Versorgung für Beamtinnen und Beamten des Landes Mecklenburg-Vorpommern wie folgt verständigt:**

Die Besoldung und Versorgung steigt zum 1. September 2016 um 2,0%, mindestens aber um 65 Euro. Die Anwärterinnen und Anwärter erhalten ebenfalls zum 1. September 2016, analog dem Tarifergebnis, eine einmalige Erhöhung



um 30 Euro. Zum 1. September 2017 werden die Besoldung und Versorgung erneut um 1,75% erhöht.

Der Landesvorsitzende der GdP, Christian Schumacher: „Unser Ziel

war die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifabschlusses auf Beamte und Versorgungsempfänger. Dies ist uns in weiten Teilen gelungen. Die Erhöhung der Besoldung um 65 Euro bzw. des Anwärtergehaltes um 30 Euro kommt gerade den unteren Besoldungsgruppen zugute.“

## Hintergrund:

Am 28. Mai 2015 erfolgte der Tarifabschluss für die Arbeitnehmer für die Jahre 2015 und 2016. Die Entgelte für Tarifbeschäftigte des öffentlichen Dienstes des Landes Mecklenburg-Vorpommern stiegen demnach um 2,1% zum 1. März 2015 und steigen um 2,3%, mindestens aber um 75 Euro, zum 1. März 2016.

Die GdP hatte die zeit- und wirkungsgleiche Übernahme des Tarifier-

gebnisses für Beamte gefordert. Entsprechend einer Revisionsklausel aus dem Jahr 2013 wurde bereits zum 1. Januar 2015 die Beamtenbesoldung um 2,0% erhöht.

Seitens der Finanzministerin wurde der GdP zum Auftakt der heutigen Gespräche eine Erhöhung zum 1. Oktober 2016 um nur 2,0% angeboten. Dies sollte sowohl für die Beamtinnen und Beamten, als auch für die Anwärterinnen und Anwärter gelten. Mindestbeträge wurden ursprünglich nicht angeboten. Gemäß einer Revisionsklausel sollten zum 1. Oktober 2017 die Bezüge um 1,75% erhöht werden. Diese Regelung geht damit über die Laufzeit des Tarifvertrages der Länder hinaus und wird von der GdP kritisch gesehen. Im Falle eines höheren Tarifabschlusses soll die Revisionsklausel eine Anpassung im Jahr 2018 ermöglichen.

## LÄNDERWECHSEL HH – MV



Beamtin, Dienstgrad PKin, Besoldung A 9 g. D., Besoldungsstufe 6, aus Hamburg (MA an einem PK) sucht Tauschpartner/-in in Mecklenburg-Vorpommern (egal). Ringtausch ist möglich.

Kontaktadresse: [ankalue@web.de](mailto:ankalue@web.de), Handy: 01 62/7 67 58 00

## HINWEIS

### Änderungsmitteilung

**Solltet Ihr umgezogen sein – oder Eure Bankverbindung hat sich geändert bzw. Ihr habt eine neue Amtsbezeichnung erhalten, so meldet dies bitte der GdP-Landesgeschäftsstelle.**

Gewerkschaft der Polizei (GdP)  
Landesbezirk M-V  
Platz der Jugend 6, 19053 Schwerin,  
oder:  
– per Fax an: 03 85/20 84 18-11  
– per E-Mail: [GdPMV@gdp-online.de](mailto:GdPMV@gdp-online.de)

**Eure GdP-Landesgeschäftsstelle**

## SOCIAL MEDIA

### GdP M-V auf Facebook



Klickt Euch „rein“, werdet Freunde. Und nicht vergessen, wenn's Euch gefällt: Klickt auf den „gefällt mir“-Button.

[www.facebook.com/gdp.mv](http://www.facebook.com/gdp.mv)



# „Mediterranes Klima trifft Schafskälte“

– Binationales Treffen in Güstrow –

**Man könnte meinen, die 20 jungen Leute, die aus dem Bus steigen, flüchten sich vor der Hitze Südfrankreichs in die Schafskälte Mecklenburg-Vorpommerns. Doch der Besuch der Polizeischüler aus dem 1600 Kilometer entfernten Nîmes hat einen anderen Grund. Sie sind nach Güstrow an die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege (FHöVPR) gekommen, um am Binationalen Treffen teilzunehmen und einen Einblick in die Arbeit der Polizei in Mecklenburg-Vorpommern zu bekommen.**

Dieses Treffen, das von der Gewerkschaft der Polizei (GdP), der Kreisarbeitsgemeinschaft „Arbeit und Leben“ Rostock e.V., dem französischen Verein Léo Lagrange und dem Deutsch-Französischen Jugendwerk organisiert und finanziert wird, findet traditionell im Juni in Mecklenburg-Vorpommern statt. Dem Monat des Sommeranfangs also, doch dieser befand sich während des Binationalen Treffens wohl noch im Winterschlaf. So blieb das Wetter dann aber auch das einzige, womit die Organisatoren nicht voll punkten konnten. Ansonsten wurde ein interessantes und abwechslungsreiches Programm für die französischen Gäste gestaltet, das diese im Laufe der Woche unter anderem zur Hubschrauberstaffel der Landespolizei, zur Wasserschutzpolizeiinspektion Sassnitz und in das Polizeihauptrevier Rostock-Reutershagen führte.



**Der Inspekteur der Landespolizei, Rudolf Springstein, mit den französischen Gästen.**



**Französische und deutsche Polizisten bei einer gemeinsamen Übung bei der Landesbereitschaftspolizei**

Zum Anfang ihres Besuches wurden die Gäste aus Frankreich von der Direktorin der FHöVPR, Dr. Marion Rauchert, herzlich begrüßt. Anschließend bekamen die Polizeischüler einen Einblick in die Struktur und Organisation der Landespolizei und im Einsatztrainingscenter konnten sie sich einen Eindruck von den Trainingsmöglichkeiten ihrer deutschen Kollegen machen.

Der Landtag und das Ministerium für Inneres und Sport Mecklenburg-Vorpommern waren ebenfalls Ziele der jungen Polizeischüler aus Frankreich. Der Inspekteur der Polizei, Rudolf Springstein, nahm sich sehr viel Zeit und stand den Gästen von der französischen Polizeischule Rede und Antwort. Auch der Minister für Inneres und Sport, Lorenz Caffier, ließ es sich nicht nehmen, die jungen Franzosen zu begrüßen.

Weiterhin hatten diese die Möglichkeit, sich einen Eindruck von der Arbeit der Bereitschaftspolizei in Schwerin zu machen. Bei einer gemeinsamen Übung, die das Auflösen einer Sitzblockade als Ziel hatte, konnten Kontakte zu deutschen Polizisten geknüpft werden. Darüber hinaus waren die französischen Polizeischüler an der Technik, die von der Technischen Einsatzeinheit vorgeführt wurde, interessiert.

Beim abendlichen Sport an der Fachhochschule konnten weitere Kontakte zu deutschen Polizisten aufgebaut werden, sodass dieses Binationale Treffen das wurde, was es sein



**Die französischen Gäste vor dem Wasserwerfer bei der TEE.**

soll – ein Austausch zwischen französischen und deutschen Polizisten über Polizeiarbeit und Lebensweise.

Nach einer von vielen der Teilnehmer als zu kurz empfundenen Woche ging es für die Gäste zurück nach Nîmes zum Aufwärmen. **Jens Lembke**



**BETRIEBLICHES EINGLIEDERUNGSMANAGEMENT (BEM) IN DER POLIZEI M-V**

# Ein Beispiel, wie das BEM wirklich wirkt

**„Das Betriebliche Eingliederungsmanagement ist ein gesetzlich untermauertes Verfahren, das dem Erhalt, der Wiederherstellung und Förderung der Arbeits- bzw. Dienstfähigkeit, der Beschäftigungssicherung bei gesundheitlichen Beeinträchtigungen sowie der Vermeidung der Entstehung von Behinderungen und chronischen Krankheiten dienen soll. Erreicht werden sollen die Ziele des BEM durch unterschiedliche Integrations-, Präventions- und Rehabilitationsmaßnahmen bzw. durch einzelfallbezogene organisatorische Änderungen im Arbeitsumfeld. Das BEM schafft Vorteile für alle. Es macht natürlich nicht gesund, aber es soll erkrankte Kollegen bei der Wiedereingliederung in ihren Arbeitsalltag unterstützen und ggf. die Rahmenbedingungen verbessern.“**

So soll das Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM) entsprechend der Vorstellungen der Macher wirken.

Es wurde bereits vieles darüber geschrieben und gesprochen und in den oberen Führungsebenen klopft man sich für dieses Instrument der Wiedereingliederung von Mitarbeitern gerne gegenseitig auf die Schultern.

Wie wirkt denn das BEM seit seiner Einführung im Einzelnen wirklich?

Im konkreten Einzelfall der Polizeiinspektion Neubrandenburg ist es so: Der Beamte kam nach einer Bandscheiben-OP, Rehabilitationsmaßnahmen und einer zeitweiligen Dienstunfähigkeit (länger als sechs Wochen), im Juli 2014 wieder in seine Dienst-

Ministerium für Inneres und Sport  
Mecklenburg-Vorpommern



Durchführung des  
Betrieblichen Eingliederungsmanagements in der Polizei  
Mecklenburg-Vorpommern

Rahmendienstvereinbarung  
zwischen  
dem Ministerium für Inneres und Sport  
Mecklenburg-Vorpommern  
und  
dem Hauptpersonalrat der Polizei  
Mecklenburg-Vorpommern  
- RDV BEM -

vom 19. April 2014 – III/400-2 – 202.20370.12790

stelle. Dort erfüllt er nach einer zweiwöchigen Einarbeitung im Hamburger Modell wieder vollständig seine dienstlichen Aufgaben.

Aufgrund der fast ausschließlich sitzenden Tätigkeit am Schreibtisch, bestehen zeitweise schmerzhafte Beeinträchtigungen im Rückenbereich.

Auf Nachfrage bei der Behinderungsververtretung der Dienststelle wird bestätigt, dass im Rahmen des BEM bestimmte Verbesserungen im Arbeitsplatzbereich zur Gesunderhaltung möglich sind.

Mitte Dezember 2014 nun endlich wird der Beamte von der personalführenden Dienststelle schriftlich über die Möglichkeit des BEM auch in seinem Fall informiert und angefragt, ob überhaupt Bedarf bzw. der Wunsch der Teilnahme besteht.

Der Beamte teilt der personalführenden Dienststelle Anfang Januar 2015 schriftlich den Bedarf mit und bittet um ein Gespräch mit ausgewählten Mitgliedern des Integrationsteams.

Trotz mehrfacher erfolgloser telefonischer und Anfragen per Mail kommt es erst Anfang April 2015 zum Gespräch mit Mitgliedern des Integrationsteams.

Hierbei wird die Notwendigkeit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen am Arbeitsplatz des Beamten durch Beschaffung eines höhenverstellbaren Schreibtisches sowie eines entsprechenden Schreibtischstuhles festgestellt und begründet.

Die schnellstmögliche Umsetzung im Zusammenwirken mit der personalführenden Dienststelle wurde in diesem Gespräch zugesichert.

Anzeige

**POLIZEI**  
**DEIN PARTNER**  
Gewerkschaft der Polizei

**Wir brauchen dich!**

Der VDP – der Verlag deiner Gewerkschaft – sucht Kollegen, die neben Beruf oder Ruhestand Zeit und Lust für eine gut bezahlte Tätigkeit als freiberuflicher Anzeigenverkäufer in Niedersachsen haben.

Hilf uns, unsere Präventions- und Festschriften für die GdP in Niedersachsen zu bewerben und herauszubringen. Nähere Informationen erhältst du unter [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de). Oder ruf uns an unter Telefon 0211/7104-183 (Antje Kleuker).

**Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir!**



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Anzeigenverwaltung**  
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon 02 11 / 71 04-183, Frau Antje Kleuker  
[Antje.Kleuker@VDPolizei.de](mailto:Antje.Kleuker@VDPolizei.de)  
[www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)

Fortsetzung auf Seite 6



Fortsetzung von Seite 5

Heute haben wir Mitte Juni 2015 und der Beamte sitzt immer noch auf seinem alten Bürostuhl an seinem alten Schreibtisch.

Die Schmerzen im Rücken nehmen zu und der Gang zum Arzt rückt in greifbare Nähe.

Eine Reaktion des Integrationsteams als auch der personalführenden Dienststelle blieb bis zum heutigen Zeitpunkt aus.

Aus der beschriebenen Verfahrensweise ergeben sich natürlich begründete Fragen:

1. Wer kontrolliert die Tätigkeit des Integrationsteams bezüglich der Umsetzung BEM?
2. Wer ist für die Information der betreffenden Beamten über den Stand des BEM zuständig.
3. Ist BEM eine ernst gemeinte Unterstützung im Sinne der einführenden Erläuterungen oder, wie in diesem Fall, offensichtlich lediglich ein Alibiverfahren, um sich möglicherweise aus späteren Verantwortlichkeiten stehen zu können?

### Hoffnung auf einen Ausnahmefall

Ich kann mich in meinem Beitrag lediglich auf diesen einen Fall beziehen und hoffe eindringlich, dass es sich nur um eine Ausnahme handelt.

Trotzdem ist auch diese eine Ausnahme schon eine zu viel. Unsere Beamten werden nachweislich immer größeren Belastungen ausgesetzt.

Die gesundheitlichen Folgen sind hinlänglich bekannt und bringen manches Polizei(haupt)revier an den Rand der Handlungsfähigkeit.

Wenn dann, wie im geschilderten Fall, das BEM nicht mit der notwendigen Gewissenhaftigkeit und den notwendigen Ergebnissen auch für die Mitarbeiter durchgeführt wird, brauchen wir uns nicht wundern, wenn künftig noch mehr Mitarbeiter dauerhaft dienstunfähig werden/sind oder möglicherweise in den vorzeitigen Ruhestand geschickt werden müssen.

Ich kann nur hoffen, dass dieses Beispiel an den richtigen Stellen die richtigen Reaktionen auslöst.

**Name der Redaktion bekannt**

Zusatz der Landesredaktion: Sind Euch weitere Fälle bekannt? Dann mailt uns!

## CDU fordert „Null Toleranz“ bei Gewalt gegen Polizeikräfte

**Anlässlich einer von der CDU-Landtagsfraktion beantragten aktuellen Stunde am 1. Juli 2015 sprachen sich alle demokratischen Fraktionen gegen die zunehmende Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten aus. „Polizistinnen und Polizisten fühlen sich seit Jahren von der Politik allein gelassen. Die Probleme der Polizei scheinen nicht mehr das Problem der Politiker unseres Landes zu sein. Da tut es gut, wenn Polizistinnen und Polizisten einmal im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen“, so der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Christian Schumacher.**



Die GdP begrüßt die heutige Aussprache ausdrücklich. Es ist wichtig, dass sich der Landtag Mecklenburg-Vorpommerns immer wieder dieses Themas annimmt.

Schumacher weiter: „Damit ist allemal ein Schritt in die richtige Richtung getan. Gewalt gegenüber Polizeibeschäftigten wird von Teilen der Bevölkerung immer mehr als legitimes Protestmittel gegen den deutschen Rechtsstaat missverstanden. Ja, Polizei symbolisiert immer mehr den Rechtsstaat und wird deshalb zunehmend angegriffen. Diese gesellschaftliche Entwicklung betrachtet die GdP mit großer Sorge. Das klare Bekenntnis der demokratischen Parteien, dass es keine Toleranz bei Gewalt gegen Polizisten geben darf, war daher ein wichtiges Zeichen.“

Viele Kolleginnen und Kollegen fühlen sich im Stich gelassen und resignieren. Beleidigungen und Angriffe werden immer öfter gar nicht mehr angezeigt, da sie aus Sicht der Polizeibeschäftigten nichts mehr bringen. Die Gewerkschaft der Polizei fordert daher alle demokratischen Parteien auf, nicht nur im Landtag zu debattieren, sondern endlich zu handeln und mehr für den Schutz der Polizistinnen und Polizisten zu tun.

Die Verweigerungshaltung der SPD – Innenminister zur Einführung eines neuen § 115 in das Strafgesetzbuch ist dabei kontraproduktiv. Niemand weiß es besser als Polizistinnen und Polizisten, dass Strafe allein Gewalt nicht verhindert. Aber darum geht es überhaupt nicht. Vielmehr geht es um die Ahndung aller Gewalttaten. Das ist aber mit dem alten § 113 StGB nicht möglich. Dort werden lediglich Handlungen gegen Vollstreckungsmaßnahmen unter Strafe gestellt.



Wir fordern schnellstmöglich einen neuen § 115 StGB!!



**AKTUELLE STUNDE IM LANDTAG M-V**

# „Null Toleranz bei Gewalt gegen Polizeikräfte“

– Zur persönlichen Meinungsbildung –

**CDU-Fraktion im Landtag**

**„Null Toleranz bei Gewalt gegen Polizeikräfte“**

Auf Antrag der CDU-Fraktion hat sich der Landtag heute (Anmerkung der Redaktion: 1. Juli 2015) in der Aktuellen Stunde mit dem Thema „Null Toleranz bei Gewalt gegen Polizeikräfte!“ befasst. Der Fraktionsvorsitzende Vincent Kokert dankte den Polizeibeamten in der Debatte für ihre Arbeit und sprach sich gleichzeitig für eine stärkere Bestrafung von Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten aus.

„Die jüngsten Meldungen über Gewalt gegen Polizeikräfte und Sachbeschädigungen gegen Einrichtungen und Fahrzeuge der Polizei zeigen, dass die Hemmschwelle immer weiter sinkt. Von 2011 bis 2014 ist die Zahl der Straftaten gegen Polizistinnen und Polizisten von 48 752 auf 55 738 angestiegen. Nicht nur bei Demonstrationen von Extremisten oder Fußball-Risikospielen werden die Polizeibeamten als eine Art ‚Ersatzgegner‘ von krawallbereiten Chaoten betrachtet, auch im täglichen Streifendienst kommt es zu Anfeindungen und zum Teil auch Angriffen. Wir brauchen deshalb schärfere Regelungen und unterstützen die Bundesratsinitiative des Landes Hessen und die Forderung unseres Innenministers Lorenz Caffier, einen eigenen Straftatbestand für Angriffe gegen Polizeibeamte und Rettungskräfte zu schaffen“, so Vincent Kokert.

„Die Polizistinnen und Polizisten setzen jeden Tag ihre Gesundheit für unsere Sicherheit ein. Dafür gilt ihnen unser Dank! Wir werden es deshalb auch in Zukunft nicht zulassen, dass sie verunglimpft werden. Forderungen, wie die Einführung einer Kennzeichnungspflicht für Polizeikräfte oder der Verzicht auf Polizeihunde bei Demonstrationen, stellen eine ganze Berufsgruppe unter Generalverdacht. Sie führen nicht zu mehr Respekt gegenüber der Polizei, sondern bewirken das Gegenteil“, erklärte Kokert.

**SPD-Fraktion im Landtag**

**„Gewalt gegen die Polizei muss konsequent geahndet werden“**

Dr. Norbert Nieszery: „Respektverlust vor staatlichen Repräsentanten offenbart gesellschaftliches Problem.“

Der Landtag beschäftigte sich heute (Anmerkung der Redaktion: 1. Juli 2015) im Rahmen der „Aktuellen Stunde“ mit der wachsenden Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten. Für die SPD-Landtagsfraktion sagte der Vorsitzende und sicherheitspolitische Sprecher, Dr. Norbert Nieszery: „Es ist erschreckende Realität, dass Polizeibeamte, aber auch andere Uniformträger bzw. Repräsentanten des Staates, immer häufiger Opfer von psychischer und physischer Gewalt werden.“

Die Ursache für dieses Phänomen liegt darin, dass wir in einigen Teilen unserer Gesellschaft eine zunehmende Respektlosigkeit gegenüber staatlichen Autoritäten zu verzeichnen haben, die einhergeht mit einer stark zunehmenden Verrohung. Das ist zweifellos eine sehr gefährliche Mischung, der entschlossen entgegengetreten werden muss.

Die SPD verurteilt jede Form von Gewalt gegen staatliche Autoritäten ohne Einschränkung. Angriffe auf Polizei, Feuerwehrleute und Rettungskräfte sind Angriffe auf unseren demokratischen Rechtsstaat. Deshalb müssen wir darauf mit aller rechtsstaatlich gebotenen Härte reagieren. Täter müssen wissen, dass ihre Handlungen eine unmittelbare Folge für ihr Leben hat. Sie müssen unverzüglich erfahren, dass der demokratische Rechtsstaat sich wehren kann, wenn man seine Repräsentanten mit Füßen tritt.

Allerdings ist es aus unserer Sicht kein Lösungsansatz, der wachsenden Gewalt gegen die Polizei mit einer deutlichen Erhöhung der Strafandrohung zu begegnen. Dadurch werden lediglich die Symptome bekämpft, nicht jedoch die Ursachen; und das auch noch mit unzureichenden Mitteln. So hat die letzte Erhöhung der Strafan-

drohung im Jahre 2011 nicht den erhofften Erfolg gebracht. Die Straftaten gegen Polizistinnen und Polizisten sind trotzdem gestiegen, wie die jüngst veröffentlichte Kriminalstatistik belegt.

Die Ursachen für den Verlust an Respekt und Anerkennung unseres demokratischen Rechtsstaates liegen sehr viel tiefer und sind ausgesprochen schwierig zu bekämpfen. So scheinen immer mehr Menschen die Achtung vor unserem demokratischen Rechtsstaat einzig und allein von der Frage abhängig zu machen, ob dieser das persönliche Interesse Einzelner erfüllt oder nicht. Frei nach dem Motto: Wenn meine Interessen erfüllt werden, dann ist der Rechtsstaat gut und demokratisch – wenn nicht, dann ist der Rechtsstaat schlecht und undemokratisch.

Es wird eine zunehmend wichtige und sehr schwierige Aufgabe der Politik in der Zukunft werden, die Menschen wieder zurückzuführen in eine gemeinwohlorientierte Gesellschaft. Der Verlust an Respekt gegenüber den Repräsentanten unseres Rechtsstaates macht umso deutlicher, dass sich alle Demokraten dieser Aufgabe mit ganzer Kraft widmen müssen.“

**Fraktion DIE LINKE. im Landtag**

**„Gewalt darf niemals ein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein“**

Zur heutigen (Anmerkung der Redaktion: 1. Juli 2015) Aktuellen Stunde „Null Toleranz bei Gewalt gegen Polizeikräfte“ erklärt der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion, Peter Ritter: „Für meine Fraktion sind friedliche Proteste und Demonstrationen legitime und nötige Mittel der politischen Auseinandersetzung. Jede Form von Gewalt ist allerdings strikt zurückzuweisen.“

Wer auf einer Demonstration, die von Linken durchgeführt wird, Steine oder Flaschen auf Polizisten wirft, ist kein Linker, sondern begeht eine Straftat, die konsequent geahndet werden

*Fortsetzung auf Seite 8*



Fortsetzung von Seite 7

muss. Gewalt kann und darf kein Mittel der politischen Auseinandersetzung und kein Mittel linker Politik sein. Sie ist ohne Wenn und Aber abzulehnen.

Die Auseinandersetzung mit dem Thema Gewalt darf allerdings nicht dazu missbraucht werden, um friedlichen politischen Protest zu delegitimieren. Meine Fraktion wird auch künftig zu friedlichen Demonstrationen und Sitzblockaden aufrufen.“

Fraktion Bündnis 90/  
Die Grünen

### „CDU bleibt wirksame Konzepte gegen Gewalt schuldig“

Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern beschäftigte sich am Mittwoch (Anmerkung der Redaktion: 1. Juli 2015) im Rahmen der Aktuellen Stunde mit Gewalt gegen Polizisten. Die CDU-Fraktion hatte das Thema „Null Toleranz bei Gewalt gegen Polizeikräfte“ auf die Tagesordnung gesetzt. Die Grünen im Landtag stellten fest, dass das Thema der Aktuellen Stunde im Grundsatz nicht kontrovers ist. „Es darf keine Toleranz bei Gewalt gegen Polizisten geben, genauso wie es keine stillschweigende Billigung von Gewalt gegen Frauen, Flüchtlinge, Homosexuelle oder sonst irgendeine Personengruppe geben darf. ‚Keine Gewalt‘ muss der Grundkonsens unserer Gesellschaft in allen Bereichen sein“, so der innenpolitische Sprecher der Grünen im Landtag, Johannes Saalfeld.

Aber der CDU ging es nach Meinung Saalfelds im Kern um eine andere Forderung, nämlich um die Erhöhung des Strafmaßes bei Gewalt gegen Polizisten. Mit einer entsprechenden Forderung waren die unionsgeführten Länder in der vergangenen Woche in der Innenministerkonferenz gescheitert. Hier setzt die Kritik der Grünen an. „Die Erhöhung des Strafmaßes ist nachweislich kein wirksames Konzept zur Eindämmung von Gewalt gegen Polizisten. Zudem ist keinem geschädigten Polizisten mit der Erhöhung des Strafmaßes geholfen. Im Zentrum der Bemühungen muss stattdessen die tatsächliche Reduzierung der Fallzahlen, die bessere Vorbereitung der Polizisten für die Einsätze und die Steigerung der Aufklärungsquote stehen. Nur so kann nachhaltig etwas für die Polizeibeamten getan werden“, so Saalfeld.

Die Grünen machen dies auch an einem positiven Beispiel im Land deutlich. Im vergangenen Jahr war eine Demonstration in Demmin am 8. Mai eskaliert, wobei es aufseiten der Polizei und der Demonstranten zu Verletzten kam. Daraufhin wirkten die demokratischen Fraktionen im Landtag gemeinsam auf eine neue Demonstrationskultur und eine neue Polizeistrategie hin. Infolgedessen blieb in diesem Jahr die Demonstration am 8. Mai in Demmin weitgehend friedlich. „Hier wurde effektiv und nachhaltig etwas gegen Gewalt erreicht. Ein tolles Beispiel, für das allen Seiten besonderer Dank gilt“, so Saalfeld. Er erinnert jedoch auch daran, dass der gemeinsame Antrag aller demokratischen Fraktionen, der die Grundlage für den friedlichen Demonstrationsverlauf war, nur gegen erheblichen Widerstand der CDU zustande kam.

„Die CDU betreibt politische Schaumschlägerei, wenn sie nur Probleme thematisiert, aber wirksame und effektive Lösungen schuldig bleibt. Ich schlage daher vor, dass sich die demokratischen Fraktionen im Innenausschuss weiter mit dieser Thematik beschäftigen und sich mit den konkreten Wünschen und Vorschlägen der Polizei systematisch auseinandersetzen“, so Saalfeld. Er verweist auf eine große Studie aus Nordrhein-Westfalen zur Gewalt gegen Polizisten, zu der über 18 000 Polizisten befragt wurden. Demnach wünschen sich Polizisten vor allem eine bessere Ausbildung für gefährliche Einsatzsituationen sowie mehr Informationen im Vorfeld der Einsätze, zu denen sie gerufen werden.

## Drucksache 6/4093 Abgelehnt

**Am 2. Juni 2015 wurde der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: „Polizeihunde nicht mehr auf Demonstrationen einzusetzen“ behandelt.**

Innenminister Lorenz Caffier hat sich deutlich gegen den Antrag der Grünen ausgesprochen.

Der sicherheitspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag, Michael Silkeit, machte deutlich, dass Polizeihunde keine gefährlichen Waffen sind, wie es die Grünen behaupten.



Übrigens: Die Facebook-Gruppe „Solidarität mit den Diensthundeführern der Polizei M-V“, die nach dem Landesparteitag der Grünen gegründet wurde, hat bereits heute mehr als 2200 Unterstützer und damit viermal so viele Sympathisanten wie die antragstellende Landtagsfraktion.

### IN STILLER TRAUER



## Nachruf

Nach langer Krankheit mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass das langjährige Mitglied

**Hans Joachim Genning**

kurz vor Erreichen des 77. Geburtstages,  
verstorben ist.

Der GdP Landesvorsitzende Senioren  
Vorstand GdP Kreisgruppe Rostock  
Seniorengruppe Rostock

